



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Stillstand der Sozialreformen? Die Entgegnung, die der Staatssekretär des Innern in der Reichstagsitzung vom 13. Dezember vorigen Jahres dem Abgeordneten Bebel auf seinen abgedroschnen Vorwurf: die Arbeiter fänden keine genügende Berücksichtigung im Reich und in den Einzelstaaten, hat zu teil werden lassen, ist natürlich Veranlassung geworden zu neuen beweglichen Klagen über den Stillstand der Sozialreformen in dem vielstimmigen Chor der Generalpächter sozialer Gesinnung und Arbeiterfreundlichkeit. In bekannter Weise haben dabei besonders die sozialpolitischen Kundgebungen des Kaisers von 1890 wieder erhalten müssen. Auch die Soziale Praxis der Herren von Verlepsch und von Rottenburg hat es sich nicht nehmen lassen, ihren Lesern von neuem den angeblichen Widerspruch zwischen der heutigen Lage der Sozialpolitik im Reiche und der Kabinettsordre vom 4. Februar 1890 aufzutischen, in der es heißt: „daß es eine Aufgabe der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ Diese mißbräuchliche Verwertung der Februarverlasse durch Leute, die weder zur Mitarbeiterschaft an der Spezialität unsrer „ersten“ Pamphletisten, Quidde und Harden, noch zur Gefolgschaft der Herren Bebel und Liebknecht gehören, hat ihre giftige Wirkung dadurch nicht verloren, daß sie chronisch geworden zu sein, und daß man sich gewissermaßen an sie gewöhnt zu haben scheint. Es ist vielmehr, schon in Rücksicht auf die akuten Erscheinungen, die die bevorstehende Reichstagswahlkampagne zeitigen dürfte, dringend geboten, dieses Haupt- und Paraderüstzeug der sozialistischen Schwarmgeister, wo immer es in Aktion gesetzt wird, in seiner ganzen Mäglichkeit zu zeigen. Seine Schärfe besteht doch nur in der Gedankenlosigkeit der Masse und seine Wirkung in der Untergrabung des Vertrauens dieser Masse zu der Person des Kaisers, desselben Kaisers, der wegen der Februarverlasse von der sozialpolitischen Reaktion aufs äußerste verhöhnt und bekämpft worden ist und noch bekämpft wird. Man kann die Frage füglich für müßig erklären, ob die Kundgebungen von 1890 mit Rücksicht auf jeden möglichen Mißbrauch durch Unverständige und Böswillige besser unterblieben wären. Sie sind da, sie sind gemißbraucht worden, wie Worte und Sätze und der ganze Inhalt von Thronreden und andern „Allerhöchsten“ Kundgebungen gemißbraucht worden sind zu allen Zeiten und überall, auch vor und nach Bismarcks Rücktritt. Aber das steht fest: sie werden in der Geschichte Wilhelms II. dereinst ein schönes, rühmenswertes Blatt bilden, trotz Mißbrauch und Undank, die bisher ihr Lohn waren. Davon, daß sich heute die Sozialpolitik des Reichs in Widerspruch gesetzt habe zu dem sachlichen Inhalt der 1890er Politik, kann gar keine Rede sein; die Rederei vom „neuesten Kurs“ in diesem Sinn ist bis heute eine Fabel, eine Lüge geblieben. Wie könnte sich auch ein Politiker mit gesunden Sinnen nur so stellen, als ob er die von der Sozialen Praxis zitierten Sätze der Kabinettsordre vom 4. Februar 1890 dahin aufgefaßt hätte, daß nun, sofort, überall, für alle Arten von Arbeitern nach Geschlecht, Alter und Beschäftigung und ohne jede Rücksicht

auf alles historisch Gewordne und berechtigt Bestehende eine bis ins einzelne gehende Reglementirung „der Zeit, der Dauer und der Art der Arbeit“ zur ausgiebigsten Wahrung „der Gesundheit, der Sittlichkeit, der wirtschaftlichen Bedürfnisse und des gesetzlichen Anspruchs auf gesetzliche Gleichberechtigung“ der Arbeiter von Reichs wegen Platz greifen sollte? Wie könnte er behaupten, daß der Kaiser das versprochen habe, und daß man deshalb heute, im Januar 1898, die Regierung des Widerspruchs mit dem kaiserlichen Wort von 1890 beschuldigen dürfe? Die Herren von Berlepsch und von Kottenburg selbst sind sicher am weitesten davon entfernt, so etwas zu glauben und so etwas zu behaupten. Wie würden die Dienste, die sie dem Kaiser jahrelang geleistet haben, wohl sonst bezeichnet werden müssen? Aber die Fabel vom neuesten Kurs hat doch nur Sinn, wenn man solchen Unsinn in die Erlasse hinein deutet. Faßt man sie auf als das, was sie in Wahrheit sind und nur sein können, als allgemeine, prinzipielle, ihrem Wesen nach zunächst rein theoretische Darlegungen persönlicher Anschauungen des Monarchen über zukünftig ins Auge zu fassende Ziele der Fürsorge für die arbeitenden Klassen, so fällt selbstverständlich jedes Recht, irgend welche sozialpolitische Maßnahmen der letzten Zeit als einen Bruch des kaiserlichen Wortes darzustellen, in sich zusammen. Der Kaiser hat 1890 sehr nachdrücklich und zur rechten Zeit jenem rücksichtslosen Unternehmeregöizismus und seinen noch rücksichtslosern Organisationen, die sich nach Durchführung der Arbeiterversicherung das Recht anmaßen wollten, sich als unübersteigbaren Wall zwischen Arbeiter und Regierung einzuschieben und so unumschränkt die soziale Gesetzgebung zu beherrschen, den Niegel vorgeschoben, und die Grenzboten und alle ihre Freunde haben ihm das gedankt und werden es ihm immer danken. Herr von Berlepsch und Herr von Kottenburg müssen wissen, was dieser Schritt im preussischen Deutschland bedeutete, sie müssen wissen, wie die ausgesprochen antisoziale großindustriell-agrarische Fronde seit 1890 gegen den Kaiser gehezt und geschürt hat und immer noch hezt und schürt bis an die Stufen des Thrones heran, und Herr von Berlepsch und Herr von Kottenburg sollten deshalb wenigstens, soweit ihr Einfluß reicht, alles aufbieten, zu verhindern, daß dieser Fronde immer wieder Wasser auf die Mühle gegossen wird. Wenn sie dieser Pflicht in der öffentlichen Diskussion der Frage vom Stillstand der Sozialreformen nicht genügen, so trifft sie ein schwerer Vorwurf.

Die Erklärungen des Staatssekretärs des Innern vom 13. Dezember gegen den Abgeordneten Bebel verdienen den vollsten Beifall jedes verständigen Sozialpolitikers in Deutschland. Es war wohl gerechtfertigt, den sozialdemokratischen und andern sozialen Hezereien gegenüber auf die Riesenleistung des Reichs in der Arbeiterversicherung hinzuweisen, auf die gesetzlich sicher gestellte Aufwendung von täglich 1 000 000 Mark für die arbeitenden Klassen zur Vinderung der leidigen Folgen des Lebens von der Hand in den Mund. Was ist solchem dauernden Aufwand gegenüber die einmalige Ausgabe, die jetzt für die Instandsetzung der vernachlässigten Flotte verlangt wird? Schon um die 365 000 000 Mark an jährlicher Rente für die deutsche Arbeiterschaft zu sichern, ist die in der Marinevorlage geforderte einmalige Prämie gerechtfertigt. Der Staatssekretär hat auch mit Recht auf die fast vollständige Befreiung der Arbeiter von den direkten Steuern in den Einzelstaaten hingewiesen; hierbei kommt in Betracht, daß neben dieser Befreiung überall vielleicht noch höher zu bewertende und steigende Zuwendungen an die ärmern Bevölkerungsschichten in der Form staatlicher und kommunaler Kranken-, Armen- usw. Fürsorge stehen. Schon dieser Thatfache gegenüber ist die

Behauptung Bebel's: die Arbeiter fänden keine genügende Berücksichtigung im Reich und in den Einzelstaaten, unwahr. Freilich nicht um ein Haar unwahrer als die agrarische Behauptung: die Landwirtschaft sei seit Bismarck's Abgang mißhandelt worden. Man müßte eigentlich darüber staunen, daß Graf Posadowsky dieser agrarischen Unwahrheit gegenüber nicht ein Wort der Entgegnung gefunden hat, wenn man nicht wüßte, wie die Sachen nun einmal stehen, und wie sie vollends stehen würden, wenn nicht des Kaisers Autorität über den Herren schwebte — nicht als toter Bierat, sondern als persönliche aktive Kraft mit höchstem Verantwortlichkeitsgefühl auch für die 1890er Kundgebungen.

Weit wichtiger aber war das, was der Staatssekretär des Innern am 13. gerade über die Notwendigkeit der Ruhe in der sozialpolitischen Gesetzgebung gesagt hat, und seine treffende Zurückweisung der sozialen Vielregiererei. Wir müssen in der Sozialpolitik durchaus einmal zur Ruhe, zur Befinnung, zum Verdauen kommen, wenn der soziale Fortschritt nicht zum Rückschritt werden soll. Je entschiedener die Regierung jede Aussicht des durch den staatssozialistischen Doktrinismus im Laufe der letzten zehn Jahre in Masse gezüchteten Strebertums vernichtet, wieder einmal in der Gesetzgebung und in der Verwaltung seinen Thatendrang befriedigen zu können, um so eher wird es möglich sein, in der Praxis und in der Wissenschaft der Sozialpolitik zu der Ruhe zu gelangen, die die Vorbedingung für dauernde, segensreiche Erfolge ist. Von diesem Gesichtspunkt aus hat man die Erklärungen des Grafen Posadowsky im Interesse des wahren sozialpolitischen Fortschritts aufs wärmste zu begrüßen, und man kann nur wünschen, daß die Thaten den Worten entsprechen mögen. In der Praxis wie in der Wissenschaft hat uns die Sucht nach Neuem und die Unmaßung und Einseitigkeit der Neuen auf den Holzweg geführt, der zur Vernichtung des sittlichen Wertes der Individuen, zur Aufhebung der sozialen Pflicht und der Verantwortung der Einzelnen und damit zum Verfall des Ganzen führen muß. Da ist Ruhe und Beruhigung zu schaffen die dringendste Aufgabe der Staatsgewalt als sozialer Heilanstalt. Brom kann sie nicht verschreiben, und Zwangsjacke und Gummizelle würden wahrscheinlich mehr aufregen als beruhigen. Der Kranke muß vor allem von der überlegenen Unbeugbarkeit des Arztes dem Größenwahn und der Reformsucht gegenüber überzeugt werden, wenn er zur Vernunft kommen soll. Damit ist hoffentlich jetzt der Anfang gemacht, und wer noch gefunden Sinn behalten hat unter den Freunden sozialen Fortschritts, der sollte den Staat kräftig in seinem Beruhigungsverfahren unterstützen.

Nicht einen Stillstand, sondern einen Fortschritt in der Sozialpolitik bedeutet diese Ruhe, es sei denn, daß man das Ausbrüten neuer sozialpolitischer Probleme und ihre Ausgestaltung zu Gesetzesparagrafen als Selbstzweck betrachtete. Wer die Besserung der sozialen Lage und die Sicherung des sozialen Friedens als Zweck der Sozialpolitik des Reichs anerkennt, der hat auch die Ruhe, die nach dem Willen der verbündeten Regierungen jetzt in den äußern Reformen eintreten soll, als unerlässliches Mittel zum Zweck zu begrüßen. Freilich, wer mit den Menschen umspringen zu dürfen glaubt, wie der Chemiker mit Atomen, wer die unberechenbaren und unbezwingbaren Regungen im Menschenherzen, die guten wie die bösen, und die tausenderlei Kombinationen von Dummheit und Klugheit im Menschenkopfe nicht kennt und nicht berücksichtigt, der kann das nicht verstehen. Aber der soll auch den Staatsmann und Sozialpolitiker nur in der Studirstube spielen. Vor den Leuten soll er den Mund halten, ja schon im Hörsaal wird er mehr schaden als nützen.

Zur Ruhe kommen müssen zunächst die deutschen Arbeiter selbst. Sie haben ja im ganzen das alte Jahr verhältnismäßig ruhig beschloffen und das neue in Frieden begonnen. Es scheint, daß sich in dem an der Jahreswende 1896/97 im Hamburger Hafen tobenden Kampfe die sozialdemokratischen Unruhestifter etwas stark verschossen haben, und wenn nur die Herren Kathedersozialisten ihren Thatendrang bemeistern lernen, so werden wohl die Arbeiterführer nicht wieder sobald die Verantwortung für neue Massenausstände übernehmen. Aber die Brentanosche Einmischung in den englischen Maschinenbauerausstand zwingt uns auf der Hut zu sein. Die deutschen Arbeiter haben 1897 überall ihr gutes Brot gefunden, das neue Jahr fängt fast mit noch bessern Ausichten an. Wer arbeiten will, wird auch 1898 guten Verdienst haben und nach besserem zu streben ermutigt werden. Wehe denen, die sich anmaßen sollten, die Arbeiter in Deutschland wieder zu Ausständen zu verleiten, um doktrinären Hirngespinnsten praktische Experimente folgen zu lassen. Die Ausstandsschürerei der sozialistischen Professoren und Pastoren geht weit hinaus über die Grenzen, die durch die *Salus publica* der Freiheit der Wissenschaft gezogen sind, und wer von den Herren in Zukunft nicht hören will, der wird fühlen müssen. Zur Ruhe kommen sollen endlich aber auch die Unternehmer. Wer der privaten Unternehmerschaft überhaupt den Garaus machen will, der mag das nicht einsehen, aber er soll sich dann offen zum vollständigen Bruch mit der bisherigen Gesellschaftsordnung bekennen, er soll ehrlich auf die Seite der Sozialdemokratie treten, auf die Seite der ausgesprochenen Feinde des bestehenden Staates und seiner Autoritäten. Gibt man die Berechtigung der Fortdauer des privaten Unternehmertums zu, so muß man auch die unerträgliche Heze gegen die Unternehmer, wie sie bisher auf der ganzen Linie der doktrinären Sozialreformer in der Mode war, als unvernünftig, zweckwidrig und vor allem als ungerecht zugeben. Es ist unverständlich, wie Leute mit gesundem Verstand und etwas Gerechtigkeitsfönn, die sich sozialpolitischer Einsicht rühmten, die unerträgliche Ungerechtigkeit nicht erkannten, die in der grundsätzlichen, bedingungslosen sogenannten Arbeiterfreundlichkeit unserer modernen Kathedersozialisten liegt. Systematisch haben diese vermessenen Volkspädagogen die Unternehmerschaft verbittert und die ins Recht gesetzt, die ihr jedes Nachgeben auch gegen wohlbe gründete Forderungen der Arbeiter als eine Untergrabung der eignen Existenzbedingungen hinstellten. Die Körbe voll ungewaschenem Zeug, die Jahr für Jahr aus den staatssozialistischen Lehrwerkstätten Deutschlands in die Druckereien geliefert worden sind, um „Kapital“ und „Kapitalisten“ in ihrer teuflischen Bosheit vor allem Volk zu brandmarken, haben dem Fortgang der sozialen Reformen unendlich geschadet, noch viel mehr als die materiellen Opfer und Unbequemlichkeiten, die viele der schablonenhaft eingeföhrten äußern Reformen für einen großen Teil der Unternehmer im Gefolge gehabt haben. Es ist traurig, wie es diese Pharisäer der Arbeiterfreundlichkeit grundsätzlich ablehnen, sich auch einmal in die Lage der Unternehmer zu versetzen und sich zu vergegenwärtigen, wie es dem wohlwollenden, gewissenhaften Arbeitgeber zu Mute ist, wenn es von Professoren und Pastoren seinen Arbeitern als Pflicht gepredigt wird, in ihm nur den Feind, den gewissenlosen Ausbeuter zu betrachten, dem jedes Recht in seiner eignen Werkstatt genommen werden müsse, weil er es doch nur mißbrauche, um dem braven, harmlosen, fleißigen Arbeiter, von dem er erhalten werde, sein sauer verdientes Brot zu verkürzen und zu stehlen. Man weiß nicht, soll man über die Dummheit lachen oder weinen, die den sozialen Reformen auf diese Weise dienen will und doch auch die Behaltung des privaten Unternehmertums zu wollen vorgiebt. Als ob nicht der

gute Wille der Unternehmer von der größten Bedeutung wäre für alle Sozialreformen in der heutigen Gesellschaftsordnung! Dadurch ist man zu der Absurdität gekommen, daß der Staat je zehn Arbeitern einen Schutzmann oder gar einen Gewerberat beigegeben müßte, um den sogenannten Arbeiterschutz zur Wahrheit zu machen. Also gebt Ruhe in der Sozialpolitik, ihr Herren Gesetzgeber, wenn ihr die Sozialreformen im Sinne der kaiserlichen Kundgebungen von 1890 nicht zum Stillstand bringen wollt! Gebt Ruhe, ihr Herren Kathedersozialisten, wenn euch nicht der Staat mit gewaltiger Hand das Handwerk legen soll, wo ihr zu lange als Böcke die Gärtner gespielt habt, eurer anmaßlichen Arbeiterfreundschaft zu Liebe, aber den Arbeitern zu Leide!

Der Handel folgt der Flagge! Neben der schon ein Vierteljahrhundert lang aus eigener Kraft bestehenden deutschen Ringlinie, deren Dampfer schon seit Jahren aller vierzehn Tage von Hamburg nach Japan fahren, dehnt nun auch die Hamburg-Amerikanische Paketfahrtgesellschaft, die größte Dampfergesellschaft der Erde, ihre Fahrten nach Ostasien aus! Am 25. Januar wird der erste große Dampfer der Gesellschaft dorthin abgehen, und zwar ohne mehr als einen andern europäischen Hafen anzulafen; vorläufig soll monatlich ein Dampfer (mit 12 Seemeilen Geschwindigkeit) abgeschickt werden, später sollen noch schnellere Passagierdampfer in die Linie eingestellt werden. Fürwahr ein prächtiges Unternehmen, kühner Handelsherren würdig, das goldne Früchte für ganz Deutschland tragen kann, wenn es richtig gewürdigt wird. Mit Recht ist die mächtige hamburgische Gesellschaft stolz darauf, daß sie von jeher aus eigener Kraft, ohne jede Staatshilfe wachsen und schaffen konnte. Während die vom Reiche unterstützten Dampfer des Norddeutschen Lloyd den größten Teil ihrer Ladung in Antwerpen, Southampton und Genua nehmen, also auch noch dem Auslande billige Frachtgelegenheiten bieten, wollen die hamburgischen Dampfer ohne Staatshilfe und ohne fremden Seehandel zu fördern, den Wettbewerb gegen die staatlich unterstützten deutschen und fremden Linien aufnehmen. Das fordert Bewunderung und warmes Lob! Aber nicht das allein — denn gerade weil diese weitblickenden unternehmenden deutschen Männer aus eigener Kraft es wagen, auf gut Glück die deutsche Handelsflagge in den fernen Osten zu führen, ohne daß ihnen der Einsatz an Unkosten, den das großartige Unternehmen fordert, bei Mißerfolgen von irgend jemand gedeckt werden würde, hat das Vaterland, also das Reich, die Pflicht diese Thatkraft wirksam zu schützen. Der Deutsche, der in fernen Gewässern für sich und also mittelbar auch für das Vaterland wirkt, Handelsgelegenheiten aufspürt und ausnützt, der hat daselbe Recht auf Schutz durch die Reichsgewalt, wie jedes andre nützliche Glied der Gesellschaft im eignen Lande. Glückauf den hamburgischen Reedern, die so großes beginnen! Müchten sie alle fremden Flaggen bald im Erfolge hinter sich lassen! Dem Kühnen gehört die Welt! — Was werden aber die Theoretiker nach Schema „Richter“ von solcher Thatkraft sagen?
G. W.

Sozialdemokraten und werktätiges Volk. Die sozialdemokratischen Zeitungen nehmen bei ihren Neujahrsbetrachtungen den Mund natürlich wieder gewaltig voll. Es wird mit ungeschwächten Kräften weitergewühlt, geheßt, gestachelt und gelogen. Der Leipziger Volkszeitung, „Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes“ (Ausgabe 22500), „Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes“ (Ausgabe 22500) war am 31. Dezember ein Wandkalender für das Jahr 1898 beigelegt, der folgende Tabellen enthält, die also dem werktätigen Volke jeden Tag des neuen Jahres vor Augen stehen sollen:

Die Schulden des deutschen Reiches betragen:

1877 . . .	16300000 Mk.	1890 . . .	1118000000 Mk.
1880 . . .	218057600 "	1895 . . .	2081219800 "
1885 . . .	410000000 "	1897 . . .	2151902800 "

Daneben besteht noch eine unverzinsliche Reichsschuld in Gestalt von Reichstaffenscheinen (1200000000 Mark).

Die Zinsen für die Reichsschuld betragen:

1880/81 . . .	8941800 Mk.	1890/91 . . .	48274100 Mk.
1886/87 . . .	18625000 "	1894/95 . . .	68975900 "
	1897/98 . . .		75066300 Mk.

Für Heer und Marine sind die Ausgaben inkl. Pensionsfonds seit 1872 gestiegen:

	Reichsheer	Marine
1872 . . .	355,6 Millionen Mk.	31,2 Millionen Mk.
1877/78 . . .	391,0 " "	60,4 " "
1882/83 . . .	389,3 " "	36,7 " "
1887/88 . . .	552,7 " "	53,0 " "
1892/93 . . .	618,8 " "	91,8 " "
1897/98 . . .	637,2 " "	119,7 " "

In den 26 Jahren (1872—97) sind verausgabt:

für das Reichsheer . .	12650600000 Mk.
„ die Marine	1531900000 "

Eine Hausfrau mit einer fünfköpfigen Familie muß beim Einkauf ihrer Bedürfnisse pro Woche folgende indirekte Steuern bezahlen. Auf

$\frac{1}{4}$ Kilo Mehl	2 Pfg.	$\frac{1}{4}$ Kilo Reis	1 Pfg.
14 " Brot	84 "	1 " Fleisch	20 "
$\frac{1}{2}$ " Hülsenfrüchte	1 "	$\frac{1}{8}$ " Tabak	4 "
$\frac{1}{4}$ " Kaffee	10 "	2 Liter Bier	2 "
$\frac{1}{5}$ " Zucker	4 "	$\frac{1}{2}$ " Schnaps	13 "
$\frac{1}{2}$ " Salz und Schmalz je	6 "	$\frac{1}{2}$ " Petroleum	6 "
$\frac{1}{5}$ " Gewürz	2 "	3 Stück Heringe	3 "

Mithin hat die Familie jede Woche 1,64 Mk. oder im Jahre 85,28 Mark indirekte Steuern zu bezahlen bei einem Einkommen von 800 bis 900 Mark, also den zehnten Teil. — Wie schwer diese indirekte Besteuerung hauptsächlich auf den ärmern Klassen lastet, zeigt folgende Zusammenstellung. Es sind jährlich pro Kopf der Bevölkerung zu zahlen:

Kaffee und Kaffeesurrogate	94,0 Pfg.	Baumwollengarn	15,7 Pfg.
Wein und Obstwein	29,8 "	Petroleum	108,4 "
Reis	8,4 "	Tabaksteuer und Zoll	112,0 "
Heringe	7,3 "	Salzsteuer und Zoll	92,0 "
Thee	4,9 "	Zuckersteuer und Zoll	193,0 "
Vieh	9,4 "	Branntweinsteuer u. Zoll	288,0 "
Getreide und Hülsenfrüchte	208,8 "	Biersteuer und Zoll	78,0 "

Was sollen nun diese Zahlen dem Volke sagen? Sie sollen ihm vorschwindeln, daß eine heillose Wirtschaft zu Ungunsten des werktätigen Volks im Reiche herrsche — den Text dazu liefern die Leitartikel. Die Zahlen der ersten Tabelle werden ja wohl richtig sein, das Verlogne liegt darin, daß nur die eine Seite des Kontos gezeigt wird, nicht die mit den Gegenwerten. Aber was sagen denn diese Schulsummen und Ausgaben der ersten Tabelle an sich, wenn man sie zerlegt? Daß auf „den Kopf“ der Bevölkerung etwa ganze 400 Mark Reichsschulden kommen; auf welche Beutel sie aber kommen, sagen die ehrlichen Sozialdemokraten dem werktätigen Volke nicht, und daß jedenfalls dessen Beutel dabei nicht in Betracht

kommen, verschweigen sie. Für Heer und Marine sind in sechsundzwanzig Jahren etwa 14 000 Millionen Mark ausgegeben worden. Das macht im Durchschnitt auf das Jahr 550 Millionen, und auf „den Kopf“ für das Jahr die grandiose Summe von etwa zehn Mark. Aber welche Beutel zahlen es? Natürlich die fünfköpfigen Familien des werthätigen Volks mit nur 800 bis 900 Mark Einkommen, das beweisen ja die beiden andern Tabellen. Wir möchten dem werthätigen Volke wünschen, daß es wirklich „pro Kopf“ den der dritten Tabelle entsprechenden Anteil an den Gesamtnahrungs- und Genußmitteln hätte, deren Steuern ihm hier „pro Kopf“ zugeteilt werden, wenn wir es auch nicht für geradezu nötig halten möchten, daß dabei fast die Hälfte für Wein, Bier, Schnaps und Tabak auf den würdigen pater familias käme, der doch nur den fünften Teil der fünfköpfigen Familie bildet, also mit Leichtigkeit das Loos der übrigen vier wesentlich besser gestalten könnte. Daß die Steuern der zweiten Tabelle — abgesehen von deren Schiesheit — dazu beizutragen haben, dem werthätigen Volk erst die Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, wird natürlich verschwiegen, ebenso, daß fast jeder Pfennig der Ausgaben für Heer und Marine als Lohn in die Taschen des werthätigen Volks fließt, denn auch da, wo sich dieses Geld zu Kapital sammelt, muß es sofort wieder Anlage suchen, d. h. es schafft wieder Arbeitsgelegenheit für das Volk. Diese Binsenwahrheit wird von den Volksbeglückern natürlich sorgfältig verschleiert.

Die Lage des Volks zu verbessern ist jeder ehrliche Mensch in Deutschland bestrebt, und fast die gesamte Arbeit, die gethan wird — auch von denen, die keine edeln Motive haben bei ihrem Erwerb —, dient diesem Zweck. Nur nicht die der Herren Sozialdemokraten mit ihrer Verhegung des werthätigen Volks, denn jede Störung der Ordnung und des Friedens schlägt zuerst zum Schaden des werthätigen Volks aus. Den Herren Sozialdemokraten muß endlich das Handwerk gründlich gelegt werden — die leitenden Herren meinen wir, nicht die verleitete Masse —, und wenn dazu die Aufhebung des bestehenden Wahlrechts nötig wäre. Man lese nur so einen Leitartikel voll blühender Phrasen, wie den der Leipziger Volkszeitung vom 31. Dezember mit seiner verlognen Schwarzfärberei, seiner Hezerei und seiner Verdächtigung aller — Kaiser und Regierung an der Spitze —, die nicht zum „werthätigen Volke“ gehören, das man für seine Zwecke zu angeln sucht. „Wirkliche, grundsätzliche Opposition findet sich allein bei der Sozialdemokratie,“ sagt sie — ja, und Gemütsvergiftung und Volksbethörung sind ihre Mittel, und deshalb muß sie zu Boden geschlagen werden, daß der Friede wieder hergestellt wird und aufrecht erhalten bleibt zwischen den Schichten des Volks oben und unten, der allein Gedeihen, Fortschritt und Verbesserung der Lage der untern Schichten bringen kann.

